



## Vernehmlassung neues Parteiprogramm der SP Schweiz

### 1 Grundsätzliches

#### 1.1 Struktur

Die SP Graubünden betrachtet den Entwurf des neuen Parteiprogramms als sehr gelungen. Insbesondere die Vision einer neuen Wirtschaftsordnung unter der Flagge der Demokratie erachten wir als mutigen und notwendigen Schritt in die richtige Richtung. Erfreut nehmen wir des Weiteren zur Kenntnis, dass die Geschäftsleitung darum bemüht ist, die SP als eine wirkliche Alternative zum neoliberalen Einheitsbrei zu positionieren und nicht den Fehlern des "dritten Wegs" (Schröder, Blair) erliegt.

Wie oben erwähnt erachten wir das Kapitel II als gelungen. Auch die Übrigen Kapitel sind klar strukturiert und in einer angemessenen Sprache verfasst, wenn auch gewisse Passagen ein wenig abstrakt sind. Wir möchten aber darauf hinweisen, dass wesentliche Politikbereiche zu wenig Beachtung finden oder nicht vorkommen. Im Übrigen fehlt die strategische Perspektive oder ein Handlungsleitbild für sozialdemokratische Politik im Programm. Wir sind der Überzeugung, dass ein Parteiprogramm nicht nur die Frage nach dem "Was" sondern auch die nach dem "Wie" beantworten sollte.

#### 1.2 Einbettung in ein Projekt für mehr Demokratie

Die Vision der Wirtschaftsdemokratie erscheint uns zu wenig in ein neues, konkretes Projekt eingebettet. Allgemein erweckt das Programm, trotz jeweils guter Inhalte der einzelnen Kapitel, den Eindruck eine lose Anhäufung von Positionen in einzelnen Politikbereichen zu sein. Wir sind der Überzeugung, dass die Vision der Wirtschaftsdemokratie richtig und wichtig ist, aber in ein gesamthafes Projekt für mehr Demokratie eingebettet werden muss. Zweifelshohne als ein Kernpunkt davon. Die SP muss aus unserer Sicht zur Partei für "mehr Demokratie" werden und zugleich selbst eine "Demokratiewerkstatt" sein.

Was konkret damit gemeint ist wird im Papier "Gemeinsam schaffen wir mehr Demokratie" von David Galluser, Lukas Horrer, Lorenze Keller, Jon Pult und Severin Toberer ausführlich und in einer einfachen Sprache beschrieben. Die AG Parteiprogramm der SP Graubünden schliesst sich im Wesentlichen der Argumentation dieses Papiers an und unterstützt dessen Stossrichtung.

Nachfolgend wird der Inhalt des Papiers zusammengefasst. Wir bitten aber darum, das Papier zu lesen, da die Zusammenfassung doch einige Aspekte ausser Acht lässt. Das Papier liegt diesem Schreiben bei.

\* \* \*

Die kulturelle Hegemonie des Neoliberalismus, kombiniert mit der diskursiven Deutungshoheit der SVP versucht die heute vorherrschenden Verhältnisse zu zementieren. Die Sozialdemokratie hat in den letzten Jahren dazu geschwiegen. Seit der Öffnung der Sozialdemokratie zur linken Volkspartei stehen wir intellektuell und strategisch still. Mit der Öffnung zur Volkspartei haben wir es geschafft diverse Gruppen unter dem Dach einer sozialen Demokratie zu einen. Heute gelingt uns das nicht

mehr. Es gelingt uns nicht mehr, weil wir den Menschen kein sozialdemokratisches Projekt mehr präsentieren können, ein Projekt in welchem sie sich wiederfinden und sich damit identifizieren. Das neue Parteiprogramm bietet eine Chance diesem Anspruch erneut gerecht zu werden. Es soll einen Aufbruch symbolisieren und ein neues sozialdemokratisches Projekt präsentieren. Dieses Projekt muss die Speerspitze im Kampf um die Deutungshoheit sein. Um Deutungshoheit zu kämpfen heisst, darum zu kämpfen was "Alltagsverstand" ist. Tun wir das nicht, wird die politische Agenda auch in Zukunft von der politischen Rechten diktiert werden.

Es stellt sich dabei die Frage, wer Teil dieses Projektes sein soll? Mit der Öffnung hin zur linken Volkspartei schaffte es die Sozialdemokratie die ArbeiterInnen und den fortschrittlichen Mittelstand einzubinden. Diesem Schritt ging die Erkenntnis voraus, dass die SP sich nicht vor neuen Bewegungen und Forderungen in der Gesellschaft verschliessen kann, insbesondere dann nicht, wenn sich diese gegen die vorherrschenden Machtverhältnisse wenden. Heute vertritt die SP programmatisch alle Menschen, welche unter den heutigen Machtverhältnissen den Kürzeren ziehen.

Dies ist richtig, bringt aber Probleme mit sich. So haben die unterdrückten Gruppen teilweise sehr unterschiedliche partikulare Interessen. So sehen die Homosexuellen die SP nicht als "Homosexuellenpartei" und die ArbeiterInnen wiederum sehen die SP nicht als "ArbeiterInnenpartei". Dieser Brückenschlag zwischen den einzelnen Bewegungen muss gelingen. Aus dem Partikularen muss eine Einheit geformt werden, ohne dabei das Partikulare grundsätzlich zu vergessen. Eine Einheit unter dem Dach der Sozialdemokratie – ein "Wir" muss konstruiert werden. Dies kann dann gelingen, wenn wir die Gemeinsamkeiten der gesellschaftlichen Bewegungen herausstreichen um denn sozusagen eine partikulare Einheit zu bilden. Diese erwähnte Einheit kann unter der Flagge der Demokratie geschaffen werden. Demokratie in allen Lebensbereichen, die Demokratisierung des Demokratisierbaren oder einfach: *Gemeinsam für mehr Demokratie kämpfen*.

Dabei ist zu erwähnen, dass Demokratie nicht bloss eine Staatsform ist. Demokratie ist der Zustand, in welchem die sozialdemokratischen Ideale Freiheit und Gleichheit zur vollen Entfaltung kommen. Dies bringt mit sich, dass wir ein gemeinsames "Wir" konstruieren und mehr Demokratie zum Kernpunkt des Programms machen. Dabei wird impliziert, dass es auch ein "Sie" geben muss, einen gemeinsamen Gegner. Jene, welche gegen mehr Demokratie, gegen Freiheit für die Menschen sind. Jene, welche für Unfreiheiten für viele und Freiheiten für wenige kämpfen.

#### **Leitantrag 1:**

*Im Sinne der oben ausgeführten Überlegungen und dem Papier "Gemeinsam schaffen wir mehr Demokratie" fordern wir, dass auch ein Handlungsleitbild im Programm verankert wird. Ein Handlungsleitbild, welches die strategische Perspektive aufzeigt und das Selbstverständnis der SP als linke Volkspartei sowie das sozialdemokratische Projekt als Einsatz für mehr Demokratie in allen Lebensbereichen neu formuliert. Auch soll das ganze Parteiprogramm entsprechend überarbeitet resp. in ein Projekt für „mehr Demokratie“ eingebettet werden.*

### **1.3 Bildungs-, Kultur-, & Finanzmarktpolitik**

Unter Punkt 1.1 wurde angesprochen, dass uns einige Politikbereiche im neuen Parteiprogramm fehlen resp. zu kurz gekommen sind. Dies sind die Bildungs-, Kultur-, und Finanzmarktpolitik.

#### **1.3.1 Finanzmarktpolitik**

Im Papier fehlt ein spezifisches Kapitel zur Finanzmarktpolitik. In Anbetracht der Globalisierung erscheint uns dies zentral. Analytisch sollte sich dieses Kapitel am Text "Die Spielregeln, nicht die Spieler" [<http://www.taz.de/1/debatte/theorie/artikel/1/die-spielregeln-nicht-die-spieler/>] des Ökonomen Michael Heinrich und dem Positionspapier der SP "Zukunft der Finanzmärkte [28.06.2009]"

orientieren. Das Positionspapier stellt bereits eine konsolidierte Position dar, welche auch wir teilen. Die Forderungen müssen deshalb nicht "aus der Luft gegriffen" werden.

Nichtsdestoweniger würden wir folgende Punkte ebenfalls aufnehmen:

1. Demokratisierung der SNB. Die Idee, dass die SNB ein Expertengremium abseits der Politik sei, muss "entzaubert" werden.
2. Einführung einer sogenannten "Tobin-Tax", einer Finanzmarkttransaktionssteuer auf spekulative Devisengeschäfte.
3. Verbot des Handels mit derivativen Finanzprodukten.
4. Preisstabilität soll ein Ziel der SNB bleiben, das Zielband betreffend der Inflationsrate soll aber auf 3,5% erhöht werden.
5. Eine Kritik an IWF, WHO etc. und die Forderung nach deren Demokratisierung.
6. Verbot des Ausserbilanzgeschäfts und höhere Eigenkapitalquoten für Finanzinstitute.
7. Explizite Forderung nach der Abschaffung des Bankgeheimnisses.
8. Forderung nach einer Kapitalgewinnsteuer und Finanztransaktionssteuer.
9. Griffige Massnahmen gegen die Spekulation mit Rohstoffen.

#### **Leitantrag 2:**

*Aufgrund der obigen Überlegungen soll ein neues Kapitel zum Thema Finanzmarktpolitik verfasst werden.*

### **1.3.2 Bildungs- und Kulturpolitik**

Unter Kapitel IV. Punkt 1.c. wird die Bildungspolitik thematisiert. Inhaltlich sind wir damit grundsätzlich einverstanden, dennoch fehlen wesentliche Bereiche der Bildungspolitik, so z.B. die Erwachsenenbildung. In Anbetracht wie Hegemonie erzeugt resp. reproduziert wird fehlt aber die Forderung nach der Demokratisierung der Bildungslandschaft. Die Ökonomisierung der Bildung wird ebenfalls zu wenig behandelt.

Auch möchten wir dafür plädieren, dass wir den Begriff Pädagogik an sich neu definieren. Pädagogik wird häufig, gerade in der Politik des rechten Mainstreams, als ein lineares Verhältnis verstanden. Ein Verhältnis zwischen Lernendem und Lehrendem mit dem Ziel einen möglichst grossen Nutzen für die Wirtschaft zu erbringen. Die Bildungslandschaft wird vermehrt als Zubringer für die Wirtschaft wahrgenommen, Stichwort "Ökonomisierung der Bildung" oder provokanter könnte man sagen: "Die Bildung diene zur Verinnerlichung von Machtverhältnissen, denn Machtverhältnisse sind immer auch pädagogische Verhältnisse."

Die Örtlichkeiten dieser Verinnerlichung sind allerdings nicht nur die klassischen Bildungsinstitutionen, wie wir diese kennen, sondern auch die Zivilgesellschaft und die Kultur. In diesen Bereichen entscheidet sich häufig auch, wer welchen Zugang zu welchen Informationen bekommt etc. Es könnte folgerichtig auch passieren, dass sich bei einer Erhöhung von Studiengebühren wenig oder gar kein Widerstand regt. Dies eben, weil gewisse Verhältnisse so verinnerlicht wurden, dass StudentInnen sich selbst als KonsumentInnen von Bildung begreifen. Bildung formt so also in vielerlei Hinsicht das Selbstverständnis der Menschen und reproduziert dementsprechend einen Konsens innerhalb des herrschenden Machtverhältnisses ohne diesen Grundsätzlich zu hinterfragen.

Wir möchten im neuen Parteiprogramm Bildung als ein Emanzipationsprojekt verstanden wissen. Konkret bedeutet dies, dass Bildung eine "zweckfreie" Daseinsberechtigung besitzen muss. In einem System, wie wir dieses kennen, erfolgt eine frühe Separation der SchülerInnen zugunsten der Spezialisierung. Dies geschieht auf Kosten der "zweckfreien" Bildung, also der Allgemeinbildung. Bildung

muss also später spezialisiert werden und Nahe mit dem Leben der Menschen verbunden sein. Aus einem solchen Bildungssystem wie es eben kurz skizziert wurde, dürfte eine Art "organische" Intellektuelle hervorgehen. Diese haben, im Gegensatz zu den Intellektuellen im herkömmlichen Sinne, einen grossen Bezug zum Alltag der Menschen und können die Machtverhältnisse aktiv in Frage stellen. Sie wirken also "organisch" innerhalb der Zivilgesellschaft.

Siehe auch Bildungspapier des Denknetzes:

[http://www.denknetz-online.ch/spip.php?page=denknetz&id\\_article=295&design=1&lang=de](http://www.denknetz-online.ch/spip.php?page=denknetz&id_article=295&design=1&lang=de)

**Leitantrag 3:**

*Basierend auf den obigen Zeilen soll Pädagogik neu definiert, Bildung als Mittel zur Emanzipation verstanden werden und die Ökonomisierung der Bildung thematisiert werden.*

## **2 Zu den einzelnen Kapitel**

### **2.1 I. Die Zeit, in der wir leben – Punkt 3**

Wie erwähnt erachten wir die Analyse als gelungen. Folgende Punkte müssen aber genauer erklärt resp. ergänzt werden:

**Leitantrag 4**

*Die Muster und Verhaltensweisen eines postfordistischen Kapitalismus müssen besser erklärt werden, insbesondere die Verlagerung der Beschäftigung in den tertiären Sektor. Wir denken hier an die Auswirkungen der Leistungsgesellschaft auf die ArbeiterInnen. Zum Beispiel, an die Entsolidarisierung der ArbeiterInnen mittels Boni-Systemen, welche ihre Interessen unmittelbar an jene des Unternehmens knüpfen und somit eine Entsolidarisierung vorantreiben.*

**Leitantrag 5**

*Der Standortwettbewerb muss deutlicher kritisiert und abgelehnt werden. Er ist als demokratiefeindlich zu entlarven (siehe Willy Spieler, Rote Revue Nr. 2, 2008).*

**Leitantrag 6**

*Eine Kritik resp. entsprechende Modernisierung der Menschenrechte ist dringend einzufordern. So ist zum Beispiel die Eigentumsfrage, wie diese in den Menschenrechten geregelt ist zu kritisieren. Die Forderung muss in Richtung eines demokratisch legitimierten und institutionalisierten Weltrechts gehen. Eine kulturell relativistische Kritik erachten wir als nicht angemessen. Die SP sollte konsequent hinter der Idee der universalen Menschenrechte stehen. [Evtl. den Kontakt mit ExpertInnen auf diesem Gebiet suchen.]*

Anmerkung

Seite 7, Zeile 3: Wenn wir an Burma oder Tibet denken, stimmt diese Feststellung nicht.

### **2.2 II. Unsere Grundwerte – Punkt 1**

Wir erachten die erwähnten Grundwerte als essentiell, möchten diese allerdings durch "Gleichheit" ergänzen.

Dabei gilt es anzumerken: Wir meinen nicht die Gleichheit im Sinne einer einfachen "Gleichmacherei", also einer totalitären Gleichheit, auch beinhaltet unsere Gleichheit mehr als nur die Rechts- und Chancengleichheit, welche auch von bürgerlicher Seite zugestanden wird. Gleichheit in unserem

Sinne ist das Fundament für die Freiheit jedes einzelnen, welche aber wiederum die Freiheit aller voraussetzt und somit dort endet, wo sie jene des Anderen einschränkt.

Gleichheit und Freiheit darf nicht nur vom Individuum her gedacht werden. Beide Grundwerte benötigen das Engagement der gesamten Gesellschaft. Die Gesellschaft muss diese mittragen und verteidigen. Dies impliziert folgerichtig, dass die Menschen gegenseitig füreinander Verantwortung übernehmen, also solidarisch sind, im *Kollektiv* auftreten.

So ermöglichen wir die Herausbildung einer kollektiven Identität von diversen gesellschaftlichen Akteuren mit partikularen Interessen, geeint unter dem Dach der SP. Dies ergänzt die unter Punkt 1.2 beschriebenen Einbettung des Programms in ein gesamthaftes Projekt für mehr Demokratie.

#### **Antrag 7**

*Die Aufnahme von Gleichheit als Grundwert unserer Partei unter Einbezug der obigen Überlegungen*

#### **Antrag 8**

*Betonung eines Gemeinwillens (kollektive Identität) unter den Grundwerten von Freiheit, Gleichheit, Solidarität und Gerechtigkeit.*

### **2.3 II. Unsere Grundwerte – Punkt 2**

Mit den angebrachten Überlegungen zur Nachhaltigkeit sind wir einverstanden. Aufgrund des besseren Verständnisses des Kapitels dürfen aber einige Punkte in der Aufzählung gestrichen werden, dafür die Übrigen besser erklärt werden. Insbesondere Punkt 3 erachten wir als wichtig, bedarf aber einer besseren Erklärung.

#### **Antrag 9**

*Einige Punkte in der Aufzählung streichen, die Übrigen besser erklären.*

#### **Antrag 10**

*Aufzählungspunkt 3 besser ausformulieren und besser erklären.*

Anmerkung

Seite 14, Mitte: „(...) jeder Mensch soll unabhängig von seinem Geschlecht (...)“. Hier ist unseres Erachtens auch festzuhalten „unabhängig von einer Behinderung oder anderen Beeinträchtigung (...)“

### **2.4 Unsere Vision**

Wie erwähnt erachten wir das Kapitel als gelungen, auch die Überlegungen zum Thema Wirtschaftsdemokratie teilen wir, möchten allerdings folgende Punkte anmerken:

#### **Anträge 11, 12 und 13**

*1. Die Idee der Wirtschaftsdemokratie wurde nicht zu Ende gedacht. Das Parteiprogramm lässt die Frage im Raum stehen, wie sich eine "wirtschaftsdemokratische Schweiz" gegenüber einem globalen Markt und der entsprechenden Konkurrenzsituation verhält. Wir plädieren dafür, diese Problematik als Chance zur Formulierung eines anderen, lebensnäheren Internationalismus zu nutzen. Die Argumentationslinie für diesen Internationalismus soll nicht mehr entlang der Forderung "für eine offene Schweiz", also einer Argumentation auf der kulturellen Ebene, sondern entlang der sozioökonomischen Linie und der Demokratiefrage verlaufen. [In den entsprechenden Kapiteln geschieht dies teilweise, der Zusammenhang mit der Wirtschaftsdemokratie ist aber nicht klar erkennbar, weshalb dies unter dem Kapitel "Unsere Vision" geschehen sollte.]*

*2. Würde sich eine demokratische UBS AG anders verhalten als die heutige? Wir glauben dies kaum. Hier muss der Ansatz ins Programm einfließen, dass wir gemeinsam einen grösseren und besseren Kuchen backen etc. Der vorhin beschriebene Gemeinwillen kommt hier ebenfalls zum Zug.*

*3. Die Forderung der Wirtschaftsdemokratie bewegt sich aus linker Perspektive auf einem schmalen Grad. Sie kann im negativen Sinne in eine Art von Syndikalismus ausarten, was volkswirtschaftlich dramatisch wäre. Oder aber sie verkommt zum blossen Staatskapitalismus. Hier gilt es sich deutlich abzugrenzen, damit keine Missverständnisse aufkommen.*

#### **Antrag 14**

*Zur besseren Strukturierung des Parteiprogramms soll der letzte Punkt (4.) neu im Kapitel IV. "Unser Weg" unter Punkt 4 festgeschrieben werden, da dieser eher realpolitischer- als visionärer Natur ist.*

Anmerkung

Auf Seite 21, Aufzählungspunkt 1, ging die Gesundheitsversorgung vergessen.

### **3 IV. Unser Weg**

#### **3.1 IV. Unser Weg- Punkt 1.a.**

Wir teilen die Überlegungen der „vorsorgenden Sozialpolitik“. Diese ist notwendig. Allerdings ist sie alles, aber mit Sicherheit keine emanzipatorische Forderung. Im Kern müssen sich demnach die Menschen für den Arbeitsmarkt qualifizieren. Damit wird die neoliberale Ideologie weiter verinnerlicht. Eine emanzipatorische Sozialpolitik sollte aber die Menschen von diesem Zwang der „Qualifikation für den Arbeitsmarkt“ befreien anstatt sie auf ihn vorzubereiten. Es gibt hier div. Konzepte, unter anderem die Idee eines Grundeinkommens.

Für die SP Graubünden ist klar, dass im politischen Alltag die vorsorgende Sozialpolitik wichtig ist. Allerdings muss im Programmmentwurf klar gestellt werden, dass sie nicht das „gelbe vom Ei“ ist. Es sollte die vorsorgende Sozialpolitik zu einem emanzipatorischen Projekt weiterentwickelt werden und im Programmmentwurf ist das Eine vom Anderen klar abzugrenzen.

Gerade im Bezug auf den Teil zur Wirtschaftsdemokratie erscheint die Forderung der „vorsorgenden Sozialpolitik“ als Kern der Sozialpolitik etwas eigenartig. Zu Recht könnte man so dem Programm Verbalradikalismus vorwerfen.

#### **Antrag 15**

*Das Kapitel ist entsprechend der obigen Überlegung zu überarbeiten.*

#### **3.2 IV. Unser Weg - Punkt 1.b**

#### **Antrag 16**

*Die Formulierung "Die SP versteht unter Sicherheit in erster Linie die soziale Sicherheit" ist abzuschwächen und umzuformulieren:*

*"Die SP versteht unter Sicherheit sowohl die äussere als auch die innere Sicherheit. Unsicherheit für Viele betrachten wir primär als Folge von sozialer Unsicherheit. Eine vernünftige Sicherheitspolitik setzt folglich bei der sozialen Sicherheit an und gibt den Menschen Halt und Vertrauen. (...)"*

Durch diese Formulierung wird klarer, weshalb die SP unter Sicherheit in erster Linie die soziale Sicherheit versteht.

#### **Antrag 17**

*Bei Punkt 1 "(...) und eine Gewichtsverlagerung von den Pensionskassen auf die AHV" streichen und ersetzen durch einen neuen Punkt.*

*"Die SP fordert den Bruch mit dem 3-Säulen Prinzip in der Vorsorge. Die Versprechungen der Bürgerlichen rund um das Kapitaldeckungsverfahren und das Demokratiepotehtial der Pensionskassen sind nicht eingelöst worden. Vorsorge wird zum Wettbewerb freigegeben, was Spekulationen mit den Geldern der Versicherten fördert, Unterdeckung ist die Folge. Die angeblichen demokratischen Rechte der Versicherten durch ihre Beteiligung an Unternehmungen werden durch bürokratische Hürden der Pensionskassen bewusst unterschlagen. Die SP fordert eine starke Säule im Dienste der Menschen, finanziert durch das Umlageverfahren. Eine Säule mit dem Ziel ein Leben in Freiheit auch im Alter zu garantieren, anstelle von Spekulationen mit Vorsorgegeldern und der Unterschlagung demokratischer Rechte."*

#### **Antrag 18**

*Punkt 6. ergänzen durch die Forderung einer nationalen Einheitskrankenkasse.*

### **3.3 IV. Unser Weg – Punkt 2.a**

#### **Antrag 19**

*Bei Punkt 1 "(...) Wahlrechtsalters auf 16 Jahre" die Zahl 16 ersatzlos streichen.*

Das Parteiprogramm hat den Anspruch die Verfassung für die SP zu sein. Das sagt schon aus, dass es einige Jahre "haltbar" sein muss. Ob die Forderung nach dem Stimmrechtsalter 16 in 20 Jahren noch zeitgemäss sein wird, weiss niemand. So war vor einigen Jahren die Forderung nach dem Stimmrechtsalter 18 beinahe revolutionär. Wieso also in Zukunft kein tieferes Stimmrechtsalter?

### **3.4**

#### **IV. Unser Weg – Punkt 2.b**

#### **Antrag 20**

*"(...) und föderalistisches Subsidiaritätsprinzip (...)" ersatzlos streichen*

Es ist wohl kaum Aufgabe der Sozialdemokratie den Föderalismus zu stärken. Sicherlich ist dieser in gewissen Bereichen sinnvoll, vielerorts aber deutlich zu stark ausgeprägt (Bildungswesen, Steuern).

### **3.5 IV Unser Weg – Punkt 4.a**

Die Analyse, dass die Marktwirtschaft viele Gesichter haben kann, teilen wir. Allerdings lehnen wir die Zielformulierung einer "Sozialen Marktwirtschaft" aus sozialdemokratischer Sicht ab. Erstens möchten wir Anmerken, dass die soziale Marktwirtschaft kein linkes Projekt ist. Im Gegenteil: deren Architekt war Ludwig Erhard, ein konservativer Politiker und Ökonom. Auch wird "Marktwirtschaft" als Begriff im deutschen Sprachgebrauch synonym mit Kapitalismus verwendet, nur besser konnotiert. Untermauert wird dies durch folgendes Zitat von Ludwig Erhard "Je freier die Wirtschaft, umso sozialer ist sie auch." Dass hier nicht die Freiheit im positiven Sinne, also im sozialdemokratischen Sinne gemeint ist, scheint klar.

Den Markt als reiner Verteilungsmechanismus von wirtschaftlichen Gütern erachten wir als effizient und richtig. Allerdings erachten wir eine Ausrichtung der Produktion der Güter und Dienstleistungen, ausgerichtet auf den Markt, verfehlt. Dies impliziert aber die soziale Marktwirtschaft.

**Antrag 21**

*Streichung der Begrifflichkeit der "sozialen Marktwirtschaft"*

**Antrag 22**

*Eine Aussage zum KonsumentInnenenschutz ist in diese Aufzählung zu integrieren.*

**Antrag 23**

*Es muss ein einheitliches und griffiges Arbeitsgesetz gefordert werden. Heute gibt es zu viele Ausnahmen für unterschiedliche Berufsgruppen (und damit Wirtschaftsinteressen).*

**3.6 IV Unser Weg – Punkt 4.b**

**Antrag 24**

*In der Aufzählung, welche Bereiche zum Service Public gehören, fehlt der Finanzsektor. Insbesondere im Zuge der Finanzkrise erscheint die Forderung nach einem Banken-Service-public unter demokratischer Kontrolle zentral. In diese Überlegung eingeschlossen ist natürlich auch die SNB.*

**Antrag 25**

*In Anbetracht der zunehmenden Monopolisierung der Medienlandschaft (z.B. Tamedia AG, Südostschweiz) muss auch die Medienvielfalt verstärkt als eine Aufgabe des Service public verstanden werden. Dies ist deutlicher zu formulieren.*

**Antrag 26**

*Im Bereich des Service public sollte die Landwirtschaft kurz thematisiert werden. So ist es doch eine ihrer zentralen Aufgaben, die Landschaftspflege. Die Landwirtschaft soll also ebenfalls vermehrt demokratischer Kontrolle unterworfen werden. Subventionierte Exporte in Staaten der dritten Welt und die damit einhergehende Zerstörung des dortigen Binnenmarktes sind zu kritisieren.*

**3.7 IV Unser Weg – Punkt 4.c**

**Antrag 27**

*Die Punkte 1 und 2 miteinander verbinden und konkret die 35h – Woche zur Erreichung von Vollbeschäftigung im Zusammenhang mit der gerechten Verteilung der Produktivitätsfortschritte fordern.*

**4 Zur Sprache im Zusammenhang mit Deutungsrahmen**

Eingangs hatten wir erwähnt, wie wir uns eine Einbettung des Parteiprogramms in ein Projekt für mehr Demokratie vorstellen. Ziel ist einen neuen Gemeinwillen für mehr Demokratie zu formieren. Die Herausbildung eines neuen Kollektivs ist aber mit der Forderung nach mehr Demokratie, basierend auf den gemeinsamen Interessen der div. Bewegungen und der Menschen, noch nicht getan.

Dafür müssen wir anhand von alltagsnahen Metaphern und Geschichten erklären warum wir mehr Demokratie wollen und dass sozialdemokratische Werte auch ihre Werte sind. Mit Kopf und Herz müssen sich die Leute der SP zugehörig fühlen. Gemeinsam müssen wir überzeugt sein: *Mehr Demokratie – wir schaffen das!*

Abstrakte Begriffe, wie z.B. das föderalistische Subsidiaritätsprinzip, taugen nicht für alltagsnahe Metaphern und Geschichten oder werden sogar noch falsch verstanden. Ein Beleg für die Missauffassung von Begriffen ist, dass z.B. Radio Energy vermutete, die SP bewege sich in die politische Mitte, weil im neuen Parteiprogramm von Freiheit die Rede ist. Das zeigt auf, dass Begriffe gesellschaftlich konnotiert sind und von allen ähnlich oder gleich "gedeutet" werden, also mit den gleichen politischen Inhalten gefüllt werden. In unserem Beispiel wurde Freiheit automatisch als die in unserem Sinne negative Freiheit aufgefasst.

Man spricht in diesem Zusammenhang vom "Deutungsrahmen". Dieser bestimmt, mit welchen Werten oder Ideen ein Wort in Verbindung gebracht wird. Er entscheidet also auch, wie politische Fragestellungen grundsätzlich eingeordnet werden.

George Lakoff, amerikanischer Sprachwissenschaftler, hat sich mit dem Zusammenspiel von Sprachbildern und politischen Inhalten wissenschaftlich befasst. Für die amerikanische Politik macht er zwei konkrete Beispiele anhand von Familienbildern, welche alle kennen, denen aber verschiedene Wertvorstellungen und politische Inhalte zugrunde liegen.

*Erstens:* Das Bild der "fürsorglichen Eltern". Zwei gleichberechtigte Eltern kümmern sich um die Kinder. Sie wollen ihrem Kind seinen Weg nicht vorschreiben. Sie wollen es dazu befähigen, dass es sich frei in der Welt zurechtfinden kann. Diese Welt ist weder gut noch schlecht. Das Kind soll seinen individuellen Lebensentwurf leben können.

*Zweitens:* Das Bild des "strengen Vaters". Dieses Familienbild ist geprägt vom Vater, dem Ernährer und Familienoberhaupt. Er schlägt sich draussen in der Welt in Eigenverantwortung und in Konkurrenz zu anderen durch und sorgt so für den Rest der Familie. Er erzieht und diszipliniert die Kinder für den bevorstehenden Kampf draussen in der bösen Welt. Einer Welt, welche einem in Versuchung führt vom moralisch korrekten Weg abzukommen und somit den Konkurrenzkampf gegen die Anderen zu verlieren. Die Mutter kocht in diesem Familienbild, macht den Haushalt und kümmert sich um den Gefühlshaushalt.

Argumentieren nun PolitikerInnen in der einen oder anderen Logik übernehmen die Menschen automatisch die Wertvorstellungen beim Bewerten der jeweiligen politischen Inhalte. Lakoff rät der amerikanischen Linken deshalb in der Logik der fürsorglichen Eltern zu argumentieren. So können ihre Wertvorstellungen besser erklärt werden.

Wir wissen nicht, ob diese Bilder für die Schweiz auch taugen. Wir wissen aber, dass auch die SchweizerInnen nicht nur aufgrund von rationalen Gegebenheiten politische Entscheidungen fällen.

Unter diesem Aspekt bitten wir darum das Parteiprogramm unter dem Aspekt des "Wordings" durchzukämmen und von Begrifflichkeiten, welche eben einem rechten Deutungsrahmen unterliegen zu befreien. Zweifelsohne lohnt es sich aber um gewisse Begriffe zu kämpfen wie, z.B. Freiheit. Aber einige müssen aufgegeben werden, wie z.B. die soziale Marktwirtschaft. Die Begrifflichkeiten müssen einfach verständlich sein. Auch soll ihnen nicht ein kommunistischer „Stallgeruch“ anhaften. Ist dies der Fall, müssen die Begriffe durch neue ersetzt werden.

Auch hier möchten wir für ausführlichere Überlegungen auf das erwähnte Papier „Gemeinsam schaffen wir mehr Demokratie“ verweisen. Die obigen Zeilen sind wiederum eine kurze Zusammenfassung.

## 5 Aus Bündner Sicht

Auf den vorangegangenen Seiten sind unsere generellen Anmerkungen ausgeführt. Aus Sicht eines Bergkantons gingen aber etliche Bereiche vergessen. In einem Parteiprogramm, welches die SP Graubünden mittragen kann, sind diese Punkte zwingend zu integrieren.

### Leitantrag 27

- 1. Ein klares Bekenntnis zu einer viersprachigen Schweiz ist ins Parteiprogramm zu integrieren. Gerade die Erhaltung der rätoromanischen Sprache und Kultur erscheint der SP Graubünden zentral. Minderheiten in ihrer Existenz und Wahrung ihrer Einzigartigkeit zu schützen war und sollte auch weiterhin Kernpunkt sozialdemokratischer Programmatik sein.*
- 2. Aussagen zur Wohnungspolitik fehlen. Die SP und teilweise auch die Kantonalsektionen haben sich in etlichen Positionspapieren dazu geäußert. Es gibt also bereits eine konsolidierte Position. Die Problematik von überbelegtem Wohnraum wird sich in Zukunft weiterhin zuspitzen. Es erscheint uns wichtig, dass die SP im neuen Programm Lösungsansätze dafür formuliert.*
- 3. Im Bezug auf Punkt 2 fehlen auch die Bereiche der Raumplanung, der Zeitwohnungsproblematik und der Bodenpolitik. Insbesondere wenn wir Wirtschaftsdemokratie fordern, muss die Bodenpolitik und damit auch die Demokratisierung des Produktionsfaktors Boden thematisiert werden. Auch der Zweitwohnungsbau muss aus Sicht der SP Graubünden unbedingt thematisiert werden.*
- 4. Auch wird die Problematik der „potentialarmen Räumen“ nicht behandelt. Ein Bekenntnis zu starken Randregionen wäre wünschenswert. Demzufolge ist auch die Thematik des „Brain-Drain“ im neuen Parteiprogramm zu behandeln.*
- 5. Der Kanton Graubünden wählt sein Parlament im Majorz. Die Ungerechtigkeit dieses Systems dürfte bekannt sein. Wir möchten daher im Parteiprogramm die Forderung nach einem einheitlichen Proporz-Wahlsystem für alle Kantone verankert sehen.*
- 6. Für viele Regionen der Schweiz ist der Tourismus ein zentrales wirtschaftliches Standbein. Dies gilt insbesondere für Graubünden. Im neuen Parteiprogramm ist aber nichts darüber zu finden. Wir fordern daher die Skizzierung einer nachhaltigen Tourismuspolitik im neuen Parteiprogramm.*